

## Rede Michael Groß, MdB

Plenum, Freitag, 16.12.2011, Antrag Fraktion Die Linke, Mietrecht sozial weiterentwickeln, Dr.17/4837, TOP 31

---

Sehr geehrter Herr Präsident,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wohnen prägt uns, ist identitätsstiftend, ist Begegnung, ist Freizeit, ist Umwelt. **Hier entscheidet sich unter anderem auch die Frage nach Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit.**

Dazu ein Beispiel aus der Praxis:

Einer Mieterin aus NRW – Rentenerin - wurde im Oktober nach Abschluss der Modernisierungsarbeiten mitgeteilt, dass ihre Grundmiete von bisher 365 Euro ab Dezember auf 525 Euro steigt. Bei gleichbleibender Heizkosten- und Betriebskostenvorauszahlung steigt die Miete um 160 Euro an – das entspricht einer fast 70 %-igen Mietsteigerung. Sie bekommt 1015 Euro Rente. Mit Strom und Telefon bleibt hier nicht viel für den Lebensunterhalt.

Das ist kein Einzelfall. Sparen durch Sanieren kann ein Trugschluss sein. Nach Schätzungen kann die Miete um 2,50 Euro pro Quadratmeter durch die Sanierungskosten steigen, aber nur 50 Cent können durch Energieeinsparung davon abgezogen werden. 2 Euro Mieterhöhung bleiben, 2 Euro, die sich viele Mieter nicht leisten können.

Im Schnitt werden 30% des Einkommens für Wohnen und 15% für die Mobilität ausgegeben. Die Kosten für das Wohnen dürfen nicht noch einen größeren Anteil vom Einkommen aufzehren. Wohnen muss bezahlbar bleiben, dafür hat Politik die Verantwortung.

Zwischen Ordnungsrecht und Anreizen muss ein vernünftiges Verhältnis geschaffen werden. Im Bereich Wohnen werden 80 % der Investitionen von Privaten vorgenommen. Deshalb kommt es darauf an, gute Rahmenbedingungen für private Investitionen zu schaffen, aber eben auch die soziale Sicherung des Wohnens zu garantieren. Der Vorschlag der SPD-Fraktion, die Umlagefähigkeit von energetischer Sanierung auf die Miete von 11 auf 9% zu senken ist deshalb ein guter Kompromiss.

Wir können heute feststellen: Mit den Plänen der schwarz-gelben Koalition kommen zukünftig vermehrt Kosten auf die Mieter zu.

Die bisherige Konsequenz energetischer Sanierung nach Schwarz-Gelb: **je teurer die Modernisierung, desto höher die Miete und umso mehr kostet das Wohnen!** Aber eine Mieterhöhung darf nicht von den reinen Kosten der Sanierung abhängen. Sie sollte stattdessen davon abhängig sein, wie viel Energie und Heizkosten eingespart werden können.

Die klimapolitische Zielsetzung ist klar. Wir müssen die Sanierungsquote erhöhen. Wir wollen insbesondere viele energieeffiziente und kostengünstige Maßnahmen in der Breite umsetzen und das am Einsparpotenzial orientiert. **Annähernde Warmmietenneutralität** muss das Ergebnis sein.

Hierfür müssen jetzt genügend finanzielle Mittel durch die Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden. Hier müssen die staatlichen Förderprogramme greifen. Eine klare Forderung an die Bundesregierung: Stellen sie mehr Geld für die energetische Gebäudesanierung zur Verfügung und beenden sie ihre Blockadehaltung gegenüber den Bundesländern im Vermittlungsausschuss.

Bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden wollen wir für **Mieterschutz** sorgen. Dazu gehören erschwingliche Wohnungen und ein sozial-ökologischer Lastenausgleich. Z.B. durch Einführung einer entsprechenden **Komponente beim Wohngeld - mit der aber insbesondere Energieeinsparung belohnt wird.**

Klimaschutz ist wichtig! Die Lasten müssen fair verteilt werden. Es ist und bleibt eine Frage der Gerechtigkeit.

**Die finanzielle Überforderung der Mieter kann nicht die Antwort sein.**

Vielen Dank!